

Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“

Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“, Begleittexte 7. Erscheint im November 2007 als Beilage zu *MitLinks, Zeitschrift der offenen Liste der LINKEN im Münchner Stadtrat* (Nr. 22). Redaktion dieser Ausgabe: Martin Fochler, Andreas Thomsen (V.i.S.d.P. Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V., Westendstr. 19, 80339 München. Mail: kommunal@kurt-eisner-verein.de). E.i.S. – Eine Initiative des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung – Rosa Luxemburg Stiftung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik der LINKEN im Münchner Stadtrat.

Justizrevisionismus in München?

Der Fall Otmar Mühlhauser und die umstrittene Traditionspflege der Bundeswehr.

Am 24.10.2007 veranstaltete der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung – die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Justizrevisionismus in München – der Fall Otmar Mühlhauser und die umstrittene Traditionspflege der Bundeswehr.“

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit mit Istoreco, dem Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte in der Provinz Reggio Emilia (www.istoreco.re.it) statt.

Im Jahr 2005 wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Gebirgsjägeroffizier Otmar Mühlhauser wegen Beteiligung an der Ermordung von ca. 4000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia durch die Staatsanwaltschaft

München mit skandalöser Begründung eingestellt. In der Begründung der Verfahrenseinstellung wurde u.a. argumentiert, es habe sich in der Sicht der Täter bei den Kriegsgefangenen um „Verräter“ gehandelt, weswegen das Verbrechen „nach sittlicher Wertung nicht auf tiefster Stufe“ anzusiedeln und somit verjährt sei. Der Einstellungsbeschluss und insbesondere die Begründung sorgten für Empörung in Italien und wurden in Deutschland nur in

Expertenkreisen beachtet. Die Veranstaltung am 24.10. sollte über die Hintergründe des Falls, über die umstrittene Traditionspflege der Bundeswehr und über politische Konsequenzen informieren.

Eingeladen waren Marcella de Negri aus Mailand, Tochter des 1943 auf Kephallonia erschossenen Cap. Franco de Negri und Nebenklägerin im Verfahren gegen Otmar Mühlhauser; Frank Brendle, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Ralph Klein, Historiker aus Witten und Marcella de Negris Rechtsanwalt Michael A. Hofmann.

Der Kurt-Eisner-Verein bedankt sich bei allen ReferentInnen für diese interessante Veranstaltung. In dieser Zusammenstellung sollen die Beiträge von Ralph Klein, Frank Brendle und Marcella de Negri wiedergegeben werden. Alle drei befassen sich mit der Geschichte und Traditionspflege der Gebirgsjägertruppen.

Alljährlich trifft sich der Kameradenkreis der Gebirgsjäger zu seinem „Pfungstreffen“ in Mittenwald. Seit 2003 unterstützt der Kurt-Eisner-Verein Veranstaltungen im Vorfeld dieses Treffens und in Mittenwald selbst, bei denen die Geschichte der Gebirgstruppen und ihre Traditionspflege kritisch begleitet werden. *Andreas Thomsen*

Deutsche Gebirgstruppen

Von Ralph Klein

Deutsche Gebirgstruppen im heutigen Sinn gibt es seit 1915. In diesem Jahr wurde das „Alpenkorps“ zur Unterstützung des österreichischen Weltkriegs-Verbündeten aufgestellt. Es war die erste speziell für den Kampf im Hochgebirge ausgerüstete und ausgebildete deutsche Truppe. Sie besitzt bis heute zwei Charakteristika: Weil die überwiegende Mehrheit der Soldaten, die zum Alpenkorps versetzt wurden, aus dem Alpenraum und damit aus Bayern stammte, repräsentierte es das bayerische Element innerhalb des deutschen Heeres. Zweitens gelten Gebirgsjäger wegen der Eigenart des unwirtlichen und unwegsamen Geländes, in dem sie kämpfen, wegen der dadurch bedingten sehr harten Ausbildung und der damit einhergehenden körperlichen Leistungsfähigkeit samt den notwendigen bergsteigerischen Qualifikationen als Elitetruppe. General Konrad Krafft v. Dellmensingen, der das Alpenkorps aufbaute und entscheidend prägte, etablierte davon ausgehend Korpsgeist und Elitebewusstsein der Soldaten des Alpenkorps. Sie sind auch für die heutige Gebirgstruppe noch selbstverständlich und finden im Edelweiß als Abzeichen an der Uniform ihren Ausdruck.

In der Reichswehr der Weimarer Republik zählten lediglich rund 2500 Soldaten als Gebirgsjäger. Zu



Proteste gegen das Pfingsttreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald 2006 – Aufrufplakat

ihnen gehörten u.a. ehemalige Angehörige des Alpenkorps, die sich 1919 im Freikorps „Oberland“ organisiert hatten, z.B. der spätere Gebirgsjäger-General Ferdinand Schörner. Dieses Freikorps war 1919 an der Niederschlagung der bayerischen Räterepublik beteiligt, übte 1920 den Weißen Terror gegen die revolutionäre Bevölkerung des Ruhrgebiets

aus und kämpfte 1921 gegen die polnischen Aufständischen in Oberschlesien.

Der Freikorps-Mythos verband sich problemlos mit dem elitären Bewusstsein der Gebirgstruppe. Der „Jägergeist“, wie er noch heute in der „Gebirgstruppe“ – das ist die Zeitschrift des Kameradenkreises der Gebirgstruppe – beschworen wird, stand u.a. für einen Kult von völkischer Männlichkeit, Körperkraft und siegreichem Kampf gegen die Natur. Hinzu kam schon lange vor 1933 ein virulenter Antisemitismus in der Bergsteiger-Szene, der viele Gebirgsjäger angehörten. Er führte dazu, dass der „Deutsch-Österreichische Alpenverein“, der eng mit der Gebirgstruppe zusammenarbeitete, schon 1924 seine jüdischen Mitglieder ausschloss.

Unmittelbar nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 wurden die bestehenden Gebirgsjägereinheiten systematisch ausgebaut und zur 1. Gebirgs-Division zusammengefasst. In Folge der Annexion Österreichs konnte die Wehrmacht zwei weitere Gebirgs-Divisionen mit österreichischen Soldaten aufstellen, so dass am Tag des Überfalls der Wehrmacht auf Polen drei Gebirgs-Divisionen bestanden. Insgesamt stellte die Wehrmacht bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 11 Gebirgs-Divisionen auf. Auch innerhalb der Waffen-SS existierten eigene Gebirgsjäger-Einheiten, unter denen vor allem die 6. SS-Gebirgsdivision Nord zu nennen ist. Eine militärische Einzigartigkeit stellte das Polizei-Gebirgsjäger-Regiment 18 dar.

In der Bundeswehr bauten ehemalige Wehrmachtsoffiziere aus der Gebirgstruppe ab 1956 erneut eine Gebirgs-Division auf. Sie wurde wieder „1. Gebirgs-Division“ genannt, um die Kontinuität deutscher Gebirgstruppen zu betonen. Den geänderten politischen Rahmenbedingungen Rechnung tragend, die einen Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee vorsahen, wurde sie im Februar 2001 als eigenständiger militärischer Großverband aufgelöst und ihre Truppenteile auf andere Einheiten verteilt. Bei dieser Gelegenheit schrieb der kürzlich zurückgetretene Bayerische Ministerpräsident Stoiber den Gebirgsjägern eine „unangreifbare Traditionspflege“ zu, die innerhalb der Bundeswehr ihresgleichen suche. Stoiber schloss die Zeit des NS ausdrücklich in seine Wertung ein. Dieser Steilvorlage des früheren Gebirgsjägers Stoiber verdanken wir unseren Namen, AK Angreifbare Traditionspflege. Die Gebirgsjäger der Bundeswehr sind nach wie vor eine militärische Eliteformation auf hohem physischen Standard und einem auf Tradition und Ideologie fest ruhenden Korpsgeist. Voller Stolz erleben die greisen Wehrmachtsveteranen, dass ihre Bundeswehr-Nachfolger als Elite in EUFOR (European Union Force)-, SFOR (Stabilisation Force)-, ISAF (International Security Assistance Force)- und KFOR (Kosovo Force)-Einheiten in Gebieten kämpfen, wo einige von ihnen selbst schon vor mehr als 60 Jahren eingesetzt waren.

Zweiter Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkriegs kämpften Gebirgsjäger in allen Teilen Europas, vom Atlantik bis zum Kaukasus, von Finnland bis nach Korfu. Sie wüteten in Polen, Finnland, Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Kreta, Italien, Frankreich und der Sowjetunion. Sie ermordeten Zehntausende ZivilistInnen, brannten unzählige Dörfer nieder, plün-

derten und brandschatzten. Die alte Freischärlermentalität erwies sich als mörderische Konstante innerhalb der Gebirgstruppe. Nach neuesten Forschungen begann sie bereits im „Polenfeldzug“ 1939 mit dem Vernichtungskrieg. Noch vor den Massenliquidationen von Wehrmacht und SS in der Sowjetunion wandte die 5. Gebirgs-Division im Mai 1941 auf Kreta das Axiom der Kollektivhaftung der Zivilbevölkerung an, wobei Gebirgsjäger eigenmächtig und ohne Befehl von oben ca. 2000 kretische ZivilistInnen erschossen. In der Sowjetunion praktizierten Gebirgsjäger die Politik der verbrannten Erde, führten unter dem Deckmäntelchen der „Bandenbekämpfung“ einen unvorstellbar brutalen Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Griechenland und Italien und beteiligten sich an der Shoah. Wir können verschiedenen Einheiten der Gebirgstruppe bislang Massaker in 58 Orten Europas nachweisen. Von einem deutschen Gericht wurde kein einziger Gebirgsjäger deswegen zur Verantwortung gezogen.

Bis jetzt jedenfalls, vielleicht gibt es nun doch noch eine Chance, und zwar wegen eines Massakers im italienischen Falzano di Cortona (bei Arezzo). Am 27. Juni 1944 sperrten Mittenwalder Gebirgsjäger des Gebirgs-Pionier-Bataillons 818 15 Bewohner des Ortes in das Schulhaus und sprengten es in die Luft. Anschließend brannten sie das Dorf nieder. Es war eine Racheaktion für einen Partisanenüberfall auf die Einheit, bei der zwei Soldaten getötet worden waren. Pech für die Mörder: ein Jugendlicher überlebte das Verbrechen und konnte vor dem Militärgericht in La Spezia als Zeuge aussagen. Es verurteilte den ehemaligen Major Herbert Stommel (88) und den Unteroffizier Josef Scheungraber (92) aus Ottobern am 27. September 2006 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und Schadensersatz. Stommel ist inzwischen haft- und vernehmungsunfähig, der ehemalige Unteroffizier Scheungraber ist jedoch noch äußerst rüstig. Wir haben den in Ottobern hochangesehenen Senior am Freitag vor Pfingsten zu Hause besucht und den Ort mit einer Kundgebung und Demonstration aufgeklärt. Pfingsten haben wir Scheungraber auf dem Hohen Brenden gesehen, wo er den 50. Jahrestag der Einweihung des Ehrenmals der Gebirgstruppe feierte – gemeinsam u.a. mit Staatssekretär Christian Schmidt aus dem Verteidigungsministerium. Scheungrabers Anwalt ist übrigen Gerhard Klamert, führendes Mitglied im Kameradenkreis der Gebirgstruppe, in dem auch Scheungraber Mitglied ist. Nach Klamerts Ansicht ist das Militärgericht in La Spezia ein Sondergericht wie der nationalsozialistische Volksgerichtshof. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat ein Mord-Verfahren gegen Scheungraber bis zur Anklagereife gebracht und es vor kurzem an die Staatsanwaltschaft München abgegeben. Die muss nun entscheiden, ob es tatsächlich zu einem Prozess kommt oder ob sie das Verfahren, wie im Falle Kephallonia, einstellt.

Der Kameradenkreis

Unmittelbar nach Kriegsende begannen die Gebirgsjäger, sich im kleinen Rahmen zu organisieren. Sie bildeten regelrechte Selbsthilfegruppen, die sich vor allem zwei Dingen widmeten: 1. erzählten sie sich gegenseitig ihre Kriegserlebnisse und 2. bildeten sie soziale Netzwerke, um besser mit den Anforderungen des Zivillebens in der Nachkriegszeit zurecht zu kommen. Die geschah ohne irgendeine zentrale Koordination. Erst Pfingsten

1952 organisierten ehemalige hohe Offiziere ein zentrales Treffen aller ehemaligen Gebirgsjäger vor dem Münchener Armeemuseum. Anschließend wurde die Kameradschaftsorganisation systematisch aufgebaut und war dadurch auch in der Lage, aktiv in politische Auseinandersetzungen einzugreifen, etwa zu Fragen der neu zu schaffenden Bundeswehr. Die Landser-Erzählungen der ex-Gebirgsjäger konnten nach und nach den öffentlichen Diskurs über die Wehrmacht dominieren und trugen dazu bei, dass die Lüge von der „sauberen Wehrmacht“ jahrzehntelang das Wissen über den Vernichtungskrieg verdrängte.

Beim Aufbau der Kameradschaftsorganisation gab es keine Berührungspunkte: Sämtliche ehemaligen Gebirgs-Einheiten organisierten sich im Kameradenkreis der Gebirgstruppe, auch die aus der Waffen-SS. Seit Mitte der 1980er Jahre sind zunehmend mehr Bundeswehr-Reservisten und aktive Bundeswehr-Soldaten Mitglied im Kameradenkreis. Heute hat der Verein nur noch rund 6000 Mitglieder, von denen etwa 2000 aus der Wehrmacht stammen. Trotz gesunkener Mitgliederzahlen hat es der Kameradenkreis damit im Unterschied zu vielen anderen Veteranenorganisationen geschafft, sich bis heute eine gewisse Relevanz zu erhalten und sich auch zu modernisieren.

Seit den 1950er Jahren entwickelte der Kameradenkreis der Gebirgstruppe, wie sich der Zusammenschluss der Gebirgsjäger-Veteranen nannte, eine stark ritualisierte Kultur, aus der das Pfingst-Treffen am Hohen Brendten herausragt. Dort feiern Jahr für Jahr ehemalige Kriegsverbrecher aus den Reihen der Gebirgstruppe mit Soldaten der Bundeswehr und den verbündeten NATO-Staaten sowie mit bayerischen Landespolitikern gemeinsam einen Feldgottesdienst zu Ehren ihrer ehemaligen Kameraden. Für Gedanken an die von ihnen ermordeten ZivilistInnen ist da kein Platz.

Als deutsche Staatsanwaltschaften in den 1960er Jahren doch noch begannen, wegen der Kriegsverbrechen zu ermitteln, erhielt der Begriff der „Selbsthilfegruppe“ eine weitere Bedeutung: Auf den Kameradschaftstreffen sprachen die Veteranen ihre Aussagen gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft ab, legten sich kollektive Lügen zurecht oder einigten sich, dass die inkriminierten Taten von inzwischen verstorbenen Kameraden begangen wurden. Es ist uns in mehreren Fällen gelungen, diese Absprachen detailliert nachzuweisen, z. B. im Fall des Massakers im nordgriechischen Kommeno und im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen der Beteiligung an der Deportation der Athener Juden. Wir bezeichnen den Kameradenkreis deswegen auch als Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher. Rechtliche Schritte gegen diese Bezeichnung hat der Kameradenkreis leider eingestellt.

Seitdem wir gegen die Brendten-Feier protestieren und die Beteiligung an NS- und Kriegsverbrechen dokumentiert haben, sieht sich der Kameradenkreis gezwungen, die Verantwortung für die Beteiligung von Gebirgsjägern an zumindest drei Kriegsverbrechen zuzugeben: das in Kommeno, das in Paromythia und das auf Kephallonia. Aber auch das nur stark relativierend: Ja, es sei leider wahr, dass deutsche Gebirgsjäger an diesen Verbrechen beteiligt gewesen seien, aber 1. sei das nur eine übertrieben harte Reaktion gewesen, die 2. gar nicht stattgefunden hätte, wenn die Partisanen nicht zuvor attackiert hätten und 3. hätten auch Soldaten der Alli-

ierten Kriegsverbrechen begangen. Das heißt, die Verbrechen, die auf Grund historischer Recherchen und staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen partout nicht mehr zu leugnen sind, werden zwar eingeräumt, aber zugleich relativiert. Der Nachweis z.B., dass das Polizei-Gebirgsjäger-Regiment 18 an der Deportation der Athener Juden mitwirkte, führte lediglich zum Ausschluss dieser Kameradschaftsorganisation aus dem Kameradenkreis, die einzelnen Polizei-Gebirgsjäger dürfen individuell Mitglieder bleiben und der Ausschluss erfolgte, weil das Regiment angeblich zur SS gehörte. Ein Eingeständnis der Beteiligung an diesem Menschheitsverbrechen durch Mitglieder des Kameradenkreises oder ein Wort der Trauer oder Reue beim Pfingst-Gottesdienst auf dem Hohen Brendten unterblieb. Die Standardformel des Gedenkens auf dem Hohen Brendten lautet: „Wir gedenken aller Opfer von Krieg und Gewalt“, seit kurzem ergänzt um „und des Terrorismus“. Das Gedenken der Gebirgsjäger verbirgt die Erinnerung an die konkreten Taten, an das Töten und Schlachten hinter einem Universalismus, in dem die bei einem Massaker getöteten ZivilistInnen mit ihren Mördern aus der Gebirgstruppe gleich gesetzt werden. Alle sind Opfer. Dank dieser Viktimisierungs-Strategie können bei der Brendten-Feier seit vielen Jahren auch Repräsentanten von Veteranen der ehemaligen Kriegsgegner teilnehmen, was der Kameradenkreis als „Versöhnung“ bezeichnet.

Traditionspflege

Traditionspflege spielte lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle im Kameradenkreis. Der Kameradenkreis machte jedoch immer deutlich, dass die Wehrmacht für ihn das Vorbild war, das Tradition schuf, und dass man sich positiv auf die Wehrmacht bezog. Der Kameradenkreis schaffte es, dass Mitte der 1960er Jahre vier Kasernen nach Gebirgsjäger-Generälen benannt wurden: Die Kübler-Kaserne in Mittenwald, die Krafft-von-Dellmensingen-Kaserne in Garmisch-Partenkirchen, die General-Konrad-Kaserne in Bad Reichenhall und die Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen. Abgefeiert wurden die angeblich zeitlosen soldatischen Tugenden, Vorbild war der allzeit bereite harte Kämpfer, der jeden Befehl ausführte. Daher bekämpfte der Kameradenkreis nicht nur den Traditionserlass von 1982, mit dem der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel versuchte, die schlimmsten Auswüchse der Wehrmachts-Verherrlichung in der Bundeswehr einzudämmen, sondern er opponierte auch vehement dagegen, dass auf Initiative der katholischen Initiative pax christi die Kübler- und die Dietl-Kaserne 1995 umbenannt wurden (in Edelweiß- bzw. Allgäu-Kaserne).

Der Kameradenkreis kann sich heute in seinem Festhalten an den alten Wehrmachts-inspirierten Traditionswerten bestätigt fühlen: Angesichts der weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr geht die offizielle Politik mehr und mehr ab von dem grünsozialdemokratischen Soldatenbild des Friedenskämpfers, der ausgebildet wird, um nicht kämpfen zu müssen, zurück zum klassischen Landser, der ohne groß zu fragen überall kämpft. Insbesondere der heutige Verteidigungsminister Jung treibt diese Entwicklung voran. Möglicherweise dürfen wir ihn nächsten Pfingsten auf dem Hohen Brendten begrüßen, wenn er sich dort ein Stelldichein mit Kriegsverbrechern gibt. ■



Veranstaltung am 24.10.2007 im EineWeltHaus. Auf dem Podium, von rechts nach links: Ralph Klein, Frank Brendle, Juliane Gilles, Rechtsanwalt Hofmann, Marcella de Negri, Gabriele Franz (Dolmetscherin). Bild: Kappa Photo, Berlin.

„Es triumphiert jetzt auch die NEGATION der GERECHTIGKEIT“

Beitrag von Marcella de Negri, 24.Oktober 2007, - München. Übersetzung: Maren Ulbrich

Danke Freunde und Kollegen das ihr hier seid und ganz besonderen Dank an die jungen Menschen, die anwesend sind und an die Kollegen der Rosa Luxemburg Stiftung, die mich eingeladen haben. Zu Ehren von Rosa möchte ich ein kurzes Gedicht von dem großen schweizerischen Dichter Kurt Marti vortragen, das ich liebe.

Rosa Luxemburg -

eine kleine hinkende Frau
schrieb diesem Jahrhundert
ins Stammbuch :
„Freiheit nur
für die Anhänger der Regierung
nur für die Mitglieder einer Partei
– mögen sie noch so zahlreich sein –
ist keine Freiheit
Freiheit ist
immer nur
die Freiheit
der anders Denkenden „,
die kleine hinkende Frau
ist ermordet worden.

Liebe Kollegen in diesem Gedicht sehe ich nicht nur die Verbindung zwischen der Verteidigung der Freiheit und dem Mord, sondern auch das Ende Rosa Luxemburgs der der Schädel eingeschlagen wurde bevor sie in den Kanal geworfen wurde. Dies erinnert mich daran, dass es auch während des Massakers von Cefalonia geschah, nach der Kapitulation; anstatt den vielen verletzten Soldaten den Gnadenschuss zu versetzen, traten die Gebirgsjäger, die Initiatoren des Massakers mit ihren schweren Stiefel auf ihre Schädel ein.

Ich werde nicht über das noch in München laufende Strafverfahren berichten, denn mein Anwalt Herr Hoffman ist heute auch hier und hat eine letzte gut 40-Seitige Berufung geschrieben. Somit ist er über

den Prozesstand besser informiert, als ich.

Stattdessen möchte ich euch eine gute Nachricht mitteilen:

Die Staatsanwaltschaft des Militärs in Rom, der Paola Fioretti (die Tochter des Oberkommandanten der Division Aquila in Cefalonia, der zusammen mit meinem Vater am 24. September '43 erschossen wurde) und ich einen Bericht vorgelegt haben, mit dem Antrag auf die Eröffnung eines Verfahrens gegen Otmar Mühlhauser, der über seine Verbrechen, freiwillig drei Aussagen gemacht hat, hat meinem Anwalt in Mailand, Gilberto Pagani, mitgeteilt, dass das Verfahren in Italien schon vor unsere Anfrage eröffnet worden ist.

Für uns ist das keine Frage der Priorität: wichtig ist das, die Geschichte von Cefalonia wenigstens in Italien ein wenig Gerechtigkeit erfährt, ich hoffe das es nicht zu spät sein wird.

In den vergangenen Tagen haben die italienischen Zeitungen, die ich lese, viel über eines der zahlreichen Verbrechen der Nazis berichtet, ein Verbrechen der Familie Thyssen, „gute Menschen“, die nach einem wilden Fest auf ihrem Schloss in Österreich, während die Rote Armee 15 KM entfernt war, aus reinem Spaß und Vergnügen 200 Juden töteten, die sich in deren Ställen befunden hatten und beseitigten die 15 Juden, die auf ihren Befehl hin einige Gruben aushoben, um das grausame Verbrechen komplett zu verbergen.

Dies ist ein typisches Verhaltensmuster der Nazis: sie begehen ein Verbrechen, um ein anderes zu verbergen.

Auch dieses Ereignis erinnert mich an das in Cefalonia, die Kadaver von 137 Offiziere, Kriegsgefangene, erschossen in Casetta Rossa (unter ihnen war mein Vater und Paola Fiorettis Vater) sollten von 17 italienischen Matrosen in Stacheldraht gewickelt werden, dann wurde ihnen befohlen die Kadaver zum einem Fluss der ins Meer fließt zu bringen, sie dorthin zu werfen und zu versenken: die 17 Matro-

sen wurden anschließend erschossen (einer von ihnen konnte sich jedoch retten und so von dem Vorfall berichten).

Der Staatsanwalt Ulrich Maass, Leiter des Strafverfahrens über das große Massaker von Cefalonia, der entschieden hat, das ganze Verfahren auf den Monat März zu verlegen, merkte bei der Verkündung der Verurteilung an, dass seine Kollegen in München bei ihren Entscheidungen nie das Kriterium der Grausamkeit geprüft haben, welches die Straflage durch den Paragraphen 211 des Deutschen Strafgesetzbuch ändert: aus Totschlag würde Mord. Mit seinen Worten: „Das Merkmal der Grausamkeit ist nicht geprüft worden.“

Liebe Freunde und Kollegen, überrascht es Euch, dass das Buch „The Thyssen Art Macabre“ 2004 veröffentlicht in Großbritannien und in Spanien, noch keinen deutschen Verleger gefunden hat?

Nein, denn Ihr seid nicht dumm, genauso wie ich es nicht bin durch den Umstand bin, dass es in Italien nie erlaubt wurde den Film „ Il leone del deserto „ zu zeigen, der von den Epos der äthiopischen Bevölkerung und den Massakern der Italiener in deren Land berichtet, einem wirklichen und wahrhaftigen Völkermord.

Der Revisionismus der deutschen Justiz mit dem man in Deutschland heute die Urteile über die Verbrechen der Nazis fällt, steht nicht nur im absoluten Widerspruch zu den Strafanordnungen von Nürnberg, sondern es triumphiert jetzt auch die NEGATION der GERECHTIGKEIT.

Deshalb weilt der Faschismus noch und von neuem unter uns.

Otmar Mühlhauser und all die anderen Nazis, die nicht einmal verurteilt worden, sterben unversehrt in ihren Betten mit ihren Auszeichnungen der WEHRMACHT.

Pierre Paolo Pisolini, schrieb wenige Tage vor seinem Tod, er wurde, wie Rosa Luxemburg, erschossen „ein Land ohne Erinnerung ist auch ein Land ohne Geschichte“. Aber die Heimat von uns allen ist heute Europa, dass möchte ich der Welt sagen. Für die Jungen, für eine friedliche Zukunft müssen wir die Erinnerung wachsam und aufmerksam bewahren, nicht nur um über die Opfer der Grausamkeit des Nationalsozialismus zu sprechen, sondern vor allem um für die begangenen Verbrechen unserer Länder um Verzeihung bitten.

Ich möchte meinen Vortrag jetzt beenden und euch alle um euer Solidarität gegen die offensichtlich grauenvolle rassistische Politik, die bei den letzten Wahlen in der Schweiz zu sehen war: weiße hässlich und drohend aussehende Schafe versuchen ein einzelnes schwarzes Schaf, das allein dar steht abzuschieben, darunter befindet sich der Slogan: „ Wir säubern die Schweiz“.

Nun möchte ich, das wir uns alle für das schwarze Schaf stark machen.

Danke an euch alle für euer aufmerksame zuhören, an Ralph Klein, einem alten und guten Freund, an Frank Brendle, den ich heute erst kennen gelernt habe, an Michael Hoffmann, meinem Anwalt in München und an Andreas Thomsen, der diesen schönen Abend organisiert hat, besonders Danke ich Gabi, die wie immer eine einen perfekten und heute Abend einen besonders anstrengenden Job gemacht hat.

*Auf Wiedersehen und bis bald
Marcella de Negri*

„In Kameradschaft treu“

Die Bundeswehr leugnet zwar nicht die Verbrechen der Wehrmacht, nimmt sich aber trotzdem ein Beispiel an ihr. Es war ja nicht alles schlecht.

Von Frank Brendle

Wie vorbildlich ist die Wehrmacht? „Eine Anlehnung an Kommandoverbände der früheren Wehrmacht ist unsachgemäß, wäre undemokratisch, insgesamt wesensfremd und findet tatsächlich auch nicht statt“. Das ist die Darstellung der Bundesregierung.¹ Ein ehemaliger Insider stellt es anders dar: „Die Soldaten des KSK wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen. Die Einsätze der ‚Brandenburger‘ gelten der Truppe geradezu als legendär.“ So fasst der frühere Chef des Kommandos Spezialkräfte (KSK), General Reinhard Günzel, das Selbstverständnis seiner Truppe zusammen. Die „Brandenburger“ waren eine Sabotage- und Diversionseinheit der Wehrmacht, die nach eigenem Verständnis außerhalb des Völkerrechts agierte.

Der Konflikt, hier am Beispiel der Elitetruppe KSK vorgeführt, steht für den alten, seit Gründung der Bundeswehr virulenten Widerspruch zwischen „Traditionalisten“ und „Reformern“. Strittig ist zwischen ihnen nicht, ob es an der Wehrmacht Tradierbares gebe, sondern welche Teile der Wehrmacht in welcher Intensität zu ehren seien.

Sowohl als auch

Die Traditionspolitik der Bundeswehr war von Anfang an janusköpfig. Die alten Generäle, welche die Bundeswehr aufbauen sollten, pflegten den Mythos von der „sauberen“ Wehrmacht. Zugleich waren Reformen gefragt, die für die Integration in westeuropäische bzw. transatlantische Militärstrukturen unverzichtbar schienen.

Zu den Anforderungen, die der „Personalgutachterausschuss“ Mitte der 1950er Jahre an Wehrmachtsoffiziere stellte, die in die Bundeswehr übernommen werden wollten, gehörte deshalb, „die Gewissensentscheidung der Männer des 20. Juli 1944“ „anzuerkennen“ – nicht unbedingt zu befürworten. Dieses Bekenntnis sollte „mit der Achtung vor den vielen anderen Soldaten, die im Gefühl der Pflicht ihr Leben bis zum Ende eingesetzt haben“, einhergehen.² Als Ausschlusskriterium galten dem „Personalgutachterausschuss“ die Zugehörigkeit zur SS und (!) zum antifaschistischen „Nationalkomitee Freies Deutschland“ bzw. dem „Bund deutscher Offiziere“.

Diese Linie gilt im Prinzip bis heute: Akzeptiert werden sowohl die Offiziere des 20. Juli als auch diejenigen, die dagegen waren. Nicht akzeptiert werden hingegen widerständige Soldaten, die die Wehrmacht von außen bekämpft haben. Zu verurteilten Kriegsverbrechern wird – meistens – Distanz gehalten. Außenseiter, sogenannte Retter in Uniform, die außerhalb des Offiziersklüngels um Tresckow und Stauffenberg agiert haben, kriegen mal einen Kasernennamen ab (wie Feldwebel Anton Schmid in Rendsburg), werden aber ansonsten als das behandelt, was sie ja auch waren: Einzeltäter.

Der noch heute gültige Traditionserlass von 1982 stellt fest: „In den Nationalsozialismus waren

Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht.“ Und weiter: „Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“ Ob das auch für die Wehrmacht gilt, dazu schweigt der Erlass.

Drei Jahre und einen Regierungswechsel später bestätigte das „Weißbuch zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr“ (1985) als Beispiele, „die tradiert zu werden verdienen“ die alte Zweisamkeit: „Tapferkeit und Leiden deutscher Soldaten in Krieg und Gefangenschaft und den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.“

Vorbild? Nein, aber

Die Frage, ob die Wehrmacht für die Bundeswehr vorbildgebend oder traditionsstiftend sein könne, beantworten offizielle Stellen seit Jahrzehnten mit einem „Nein, aber“. Das gilt sogar noch, nachdem die Hamburger Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ seit 1995 den Mythos von der „ritterlichen“ Kampfführung vor einem großen Publikum widerlegt hat. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe erklärte am 13. März 1997 im Bundestag: „Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front.“ Im Gespräch mit der Jungen Freiheit erklärte auch Klaus Naumann, Generalinspekteur zwischen 1991 und 1996: „Die Wehrmacht, das sind achtzehn Millionen Deutsche gewesen. Die Mehrheit dieser Soldaten hat im guten Glauben gekämpft, für ihr Land zu handeln ... Ich habe als Generalinspekteur ... deutlich herausgestellt, dass die Soldaten der Wehrmacht, die ehrenhaft gehandelt haben, als Personen für die Soldaten der Bundeswehr durchaus Vorbildcharakter haben können.“³

Durch diese Hintertür marschieren weiterhin ganze Wehrmachtsdivisionen in die Traditionspolitik der Bundeswehr. Im Prinzip kommen alle in Frage, denen nicht direkt und unmittelbar Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden.

Mit der „Nein, aber“-Haltung korrespondiert eine „Ja, aber“-Haltung, wenn es darum geht, ob die Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen habe. Beispielhaft dafür ein Beitrag in den Informationen für die Truppe (IfdT) aus dem Jahr 2003: „Ein Tyrann hat die Tapferkeit, den Mut und das Ehrgefühl der ihm anvertrauten Soldaten missbraucht“, schreibt Markus Bentler, heute Kommandeur der Panzerdivision 10, in dessen Bereich das berühmte Mittenwalder Heldengedenken fällt. „Die Wehrmacht hat großes Leid gebracht, aber ihre Soldaten haben auch großes Leid erlitten ... Zwar sind viele schuldig geworden, jedoch besteht die Verantwortung nachfolgender Generationen und Armeen darin, nicht in Selbstgerechtigkeit zu verfallen und die Dialoge abzubrechen.“

Selbst mit einer nur symbolischen Entnazifizierung wie beispielsweise der Umbenennung von Kasernen tun sich Militärpolitiker und Wehrmachtsanhänger extrem schwer. Zwar verkündet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion: „Viele ‚problematische‘ Namen wurden schon aufgegeben“⁴. Aber, um genau zu sein: Es waren drei, seit 1956! Das waren die General-Dietl-Kaserne in Füssen, die Generaloberst-Kübler-Kaserne in Mittenwald (1995) sowie die Mölders-Kaserne in Visselhövede (2005). Gegenwärtig gibt es

28 Kasernen, die nach Wehrmachtsangehörigen benannt sind. Nur zehn davon gehörten zum Widerstand. 1999 hatte Kulturstatsminister Naumann (SPD) noch angekündigt, sämtliche nach führertreuen Wehrmachtsgenerälen benannten Kasernen umzubenennen „In zwei Jahren finden Sie keine mehr“ (SZ 30. 1. 1999). Heute reagiert die Bundesregierung auf die Frage, ob denn noch Umbenennungen beabsichtigt seien, missgelaunt: „Moralischer Rigorismus“ sei unangebracht, „das Menschliche muss in Kauf genommen werden, wenn man Menschen als Namensgeber betrachtet.“⁵

Outsourcing der Wehrmacht

Während sich die Bundesregierung wenigstens teilweise von der Wehrmacht distanzieren muss, gilt eine solche Beschränkung nicht für die militärischen Traditionsverbände und Reservistenkameradschaften. Von denen gibt es Hunderte, unterteilt in Regional- und Divisionsverbände. Die größten Dachverbände sind Kyffhäuserbund (rund 100.000 Mitglieder), Bayerischer Soldatenbund 1874 (im ganzen Bundesgebiet 80.000) und der Kameradenkreis der Gebirgstruppe (knapp 7000 Mitglieder).

Die meisten dieser Verbände agieren im nationalkonservativen und deutschnationalen Politikspektrum. Die Verbrechen der Wehrmacht leugnen sie nicht unbedingt – sie relativieren sie aber gerne. Die Aufarbeitung der Geschichte beschränkt sich auf die Ehrung der „eigenen“ Toten und die Beschwörung von Heldenmut und Tapferkeit. Die Verbände sind bestrebt, Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg zu „normalisieren“ und erfüllen damit ein wesentliches Anliegen sowohl rechtsextremer als auch rechtskonservativer Politik.

So würdigt der Kyffhäuserbund „die Leistungen der deutschen Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart“. Der Verein bekennt sich bis heute zum Anführer des 1943 aufgelösten Nationalsozialistischen Reichskriegerbundes, dem SS-General Wilhelm Reinhard. „Deutschland war im Krieg um Tod und Leben und jeder mußte auf seinem Platze seine Schuldigkeit tun, so gut er konnte“, zitiert ihn zustimmend die Vereinszeitschrift. Der Bund rechnet die Verbrechen der Wehrmacht gegen die Vertreibungen der Deutschen nach dem Krieg auf und fordert „ein gegenseitiges Gedenken“.⁶

Der Bayerische Soldatenbund setzt sich „unermüdlich für die Ehre der Gefallenen unseres Volkes ein“ und vereint jene, die „Leistungen und Opfer der Wehrmacht nicht leugnen“. Er lässt auch schon mal den Geschichtsrevisionisten und Exgeneral der Bundeswehr Gerd Schultze-Rhonhof zu Wort kommen. Diesem zufolge sei es Deutschland im Zweiten Weltkrieg »ursprünglich nur um die Menschenrechte der deutschen Minderheit in Polen und um die Heimkehr der Danziger Bevölkerung in ihr Mutterland« gegangen. Der Krieg habe sich »gegen Hitlers Willen« ausgedehnt.⁷

Wie intensiv die Zusammenarbeit der Traditionsgemeinschaften mit der Bundeswehr ist, kann man in den Vereinszeitschriften nachlesen. Da gibt es fortlaufend „pfundige Kameradschaftsabende“ im Offizierscasino, Schießwettkämpfe und Mitgliederversammlungen in Bundeswehrliegenschaften. Aktive Offiziere schreiben für die Vereinsblätter oder halten Vorträge vor Vereinsgliederungen. Der Kyffhäuserbund Berlin hat sein Büro in der Julius-Leber-Kaserne. Das erhellte die Bedeutung, die die-

se Vereine als Transmissionsriemen der Militärpolitik haben. Doch der ansonsten so hierarchische Militärapparat verzichtet darauf, die gemeinsamen Veranstaltungen, Besuche und Gegenbesuche, Zusammenarbeiten und Nutzungsüberlassungen zentral zu erfassen. Es bleibt den Kasernenkommandanten und Standortältesten überlassen, mit wem sie in welcher Form zusammenarbeiten.⁸

Diese militärische „Basisdemokratie“ hat den Vorzug, eine Kontrolle massiv zu erschweren. Dabei wäre sie ungemein wichtig, übernehmen doch die Vereine jenen Teil der Traditionsarbeit, der über den Traditionserlass hinausgeht: Revisionismus, Ehrung von Kriegsverbrechern, Wehrmachtsglorifizierung. Die Bundesregierung ist offensichtlich froh darum, dass jemand diesen Part übernimmt, und erklärt formell richtig, sie könne privaten Vereinen nicht die Art und Weise ihrer Geschichtsbetrachtung vorschreiben.

Beispiel Mittenwald

Im bayerischen Mittenwald findet jedes Jahr am Pfingsten die „Brendtenfeier“ des Kameradenkreises der Gebirgstruppen statt. Dessen Ehrenpräsident war von 1952 bis zu seinem Tod 1983 General Hubert Lanz – ein Kriegsverbrecher, der vom Nürnberger Tribunal wegen des Massakers an 4000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia im September 1943 zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war. Distanziert hat sich der Verein bis heute nicht von ihm. Darüber zu reden verstieß wohl gegen den Vereinszweck: Laut Homepage engagiert sich der Kameradenkreis „für die Ehre der Soldaten und verurteilt Verunglimpfungen“. Der Historiker Stefan Stracke hat ermittelt, dass deutsche Gebirgstruppen europaweit Massaker an mindestens 58 Orten begangen haben.⁹

Aufgrund wachsender Proteste von Antifagruppen und Medieninteresse stand Vereinschef Manfred Benkel, Oberst a. D., vor zwei Jahren ein, Gebirgssoldaten seien an „Vorgängen“ beteiligt gewesen, die „auch schon damals gegen geltendes Recht verstoßen haben.“¹⁰ Wohl auch wegen der Öffentlichkeitswirkung wurde 2005 die Traditionskameradschaft des SS-Polizeigebirgsjägerregiments 18 ausgeschlossen – nicht aber deren Einzelmitglieder. Das frühere Motto der Feier, „für unsere gefallenen, vermissten und verstorbenen Kameraden“, wurde um den Zusatz „und aller Opfer von Krieg, Gewalt und Terror“ ergänzt. Die Bundeswehr leistet alle Jahre zuverlässig Unterstützung und stellt einen shuttle-Service. Zu den prominentesten Mitgliedern des Kameradenkreises gehören der ehemalige bayerische Ministerpräsident Manfred Stoiber und der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (beide CSU), der in diesem Jahr auch selbst in Mittenwald sprach.

Kämpfertypen gefragt

Gerade Berufs- und längerdienende Zeitsoldaten haben offenbar das Bedürfnis, ihr Tun in einem übergreifenden Traditionszusammenhang zu verorten. Die Frage des Autors, warum er die Wehrmacht schätze, begründete ein Reservist auf dem Weg zum Mittenwalder „Kameradschaftsabend“: „Sie können ja nicht ihre eigenen Wurzeln abschneiden.“¹¹

Das bedingte Festhalten an der Wehrmacht steht

auch in Zusammenhang mit dem neuen Selbstverständnis der Bundeswehr. „Soldatische Tugenden“ – Treue, Opferbereitschaft, Gehorsam – spielen seit 1990 wieder eine wesentlich stärkere Rolle. Die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgebaut, Auslandseinsätze werden zur Regel. Gefordert ist deswegen die „Fähigkeit, kämpfen zu können und kämpfen zu wollen“, wie es der frühere Generalinspekteur Klaus Naumann formulierte.¹² Die Bundeswehr hat bislang – noch – keine eigene „Kampftradition“ entwickelt, der Rückgriff auf die Wehrmacht ist da schlicht naheliegend. Schon 1991 mahnte die Bundeswehrzeitschrift „Truppenpraxis“, auf den „reichen Erfahrungsschatz der Wehrmacht“ nicht zu verzichten.

Denn, so das Bundeswehrjournal „Y“ im März 2005: Man soll nicht immer nur über das Schlechte reden. „Darüber hinaus muss und darf jenseits einer Schuld- und Traditionsdebatte die Frage nach der militärischen Leistungsfähigkeit erlaubt sein. Für den israelischen Militärhistoriker Martin van Creveld (59) verkörpert die Wehrmacht ‚besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin ... Auch taktisch und operativ setzte die Wehrmacht zu ihrer Zeit höchste Maßstäbe‘.“ Hinzuzufügen ist: Martin van Creveld ist regelmäßiger Autor für die Junge Freiheit und das Naziblatt „Deutsche Militärzeitschrift“ und Gast bei stramm rechten Vereinigungen wie dem Institut für Staatspolitik. Der eingangs genannte General Günzel hat genau diese Haltung nur etwas zugespitzt, als er seinen Leuten „Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS“ abverlangt hatte.¹³

„Normalisierung“

Das soll nicht bedeuten, dass sich Bundeswehrsoldaten an der faschistischen Ideologie orientieren sollen. Aber: Sie sollen Kämpfer sein, die von ihrer Mission überzeugt sind. „Wir mussten ja unsere Pflicht tun“, haben 99 Prozent unserer wehrmachtsgedienten Großväter erzählt. Das ist heute wieder gefragt.

Dieser Anspruch erklärt, dass auf Nazis und verurteilte Kriegsverbrecher gegebenenfalls verzichtet wird. Wichtiger ist die Erinnerung an vermeintlich „politisch unbelastete“ Kämpfertypen, die mit dem notwendigen Maß an Chauvinismus und Brutalität in den Krieg zogen, ohne komplizierte Fragen zu stellen.

In den Worten von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn, der Ende September einen Soldatenfriedhof in Lettland einweihte: „Sie ?die Bundeswehr, F. B.? kann sich aber auch nicht von den deutschen Soldaten lossagen, die, wie der Philosoph Karl Jaspers schrieb, ‚in Kameradschaftlichkeit treu waren und die ohne Ausführung offenbar böser Befehle in unschuldigem Glauben fielen‘.“ Die Soldaten hätten sich „um ihrer Heimat und ihrer Familien willen für den Dienst an ihrem Land“ entschieden – kein Wort über die unendlichen Gräueltaten, die Wehrmacht, SS und lettische Kollaborateure verübt haben.¹⁴

Das Comeback der „soldatischen Tugenden“ und das Anknüpfen an Traditionen der Wehrmacht sind Ausdruck des Normalisierungsdiskurses, der in Deutschland seit 1990 immer dominanter wird. Die Bundeswehr bleibt nicht bei Schuld-Eingeständnissen stehen, sondern fordert (!) Versöhnung, denn nun soll es weitergehen: Auch heute wollten Solda-

rls-werkstattgespräche in münchen november 2007 – juli 2008

Immer Dienstags um 19 Uhr im Regionalbüro Bayern der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Westendstr. 19., 80339 München. S-Bahn Hackerbrücke. **Bürozeit:** Mittwoch 14 bis 18 Uhr. **eMail:** kev@kurt-eisner-verein.de • thomsen@rosalux.de • **Internet:** www.kurt-eisner-verein.de. • V.i.S.d.P.: A. Thomsen, Westendstr. 19, 80339 M. E.i.S.

27. November 2007 rls werkstattgespräch nr. 1 Was kann politisches Theater?

Mit *Kerstin Grübmer*, München, Theaterwissenschaftlerin, freie Regisseurin. – Zwischen ästhetischer Radikalität und sozialem Engagement: Was können Formen des Politischen im Theater der Gegenwart sein? Welche Wirkung kann politisches Theater haben, welche kann sie sich wünschen? Und: Welches Theater ist eigentlich unpolitisch?

4. Dezember 2007 rls-werkstattgespräch nr. 2 „DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?“

Buchvorstellung mit *Cornelia Hildebrandt*, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitherausgeberin. – Cornelia Hildebrandts Beitrag befasst sich mit dem „Fall Berlin“, mit der Bestandsaufnahme und der Analyse der rot-roten Koalition in der Hauptstadt. Jenen „schmalen Grad linker Reformpolitik“ – so der Titel ihres Beitrages – wird Cornelia Hildebrandt vorstellen und darüber in der Diskussion zur Verfügung stehen.

29. Januar 2008 rls-werkstattgespräch nr. 3 Integration und Kultur

Mit *Marc Grimm*, Augsburg, Student der Politikwissenschaft. – Der Referent befasste sich im Jahr 2007 im Auftrag des KEV mit dem Integrationskonzept der Stadt München. Ausgehend von diesem Konzept, wird der Referent das Verständnis von Integration und Kultur des Integrationskonzepts der Stadt München erläutern und aus der Sicht einer aufgeklärten Linken fragen, wie es sich mit der Vielzahl der verschiedenen Kulturen verhält und was kulturelle Unterschiede sind? Wie wird man Teil einer Kultur; freiwillig oder durch Zuschreibung? Und wie kommt es, dass Linke sich für den Erhalt kultureller Unterschiede aussprechen und was bezwecken sie damit?

11. März 2008 rls-werkstattgespräch nr. 4 Die Linke und der Krieg

Mit *Juliane Gilles*, München, Politikwissenschaftlerin; *Martin Fochler*, München, Publizist. – Die Frage um Krieg und Frieden ist für die politische Linke eine der zentralen Fragen politischer Debatte. Auslandseinsätze der Bundeswehr, „Friedensmissionen“, „Polizeieinsätze“ – wie weit darf und wie weit will die Linke in ihrer Diskussion über diese Fragen gehen? Das abschreckende Beispiel der Grünen vor Augen, deren beinahe buchstäblich erste Maßnahme in bundesweiter Regierungsverantwortung die Zustimmung zum Krieg gegen Jugoslawien war, werden diese Diskussionen in der Linken höchst emotional und engagiert geführt. Die Referenten werden auf völkerrechtliche Grundlagen und auf die Geschichte der Bundeswehr und ihres Auftrags eingehen.

15. April 2008 rls-werkstattgespräch nr. 5 Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat?

Mit *Halina Wawzyniak*, Berlin, Juristin, DIE LINKE; *Corinna Poll*, München, Juristin, Einladerkreis „Gegen den Notstand der Republik“. – Private und bürgerliche Freiheitsrechte werden immer weiter beschnitten. Es scheint, als gelte das Staatsinteresse nach Überwachung und Kontrolle im Zweifel immer mehr, als bürgerliche Rechte, als das Recht auf Privatsphäre. Welche Bedeutung haben individuelle Rechte für unsere Gesellschaft, welche Bedeutung haben sie für die demokratische Linke? Und wie könnte unsere Gesellschaft aussehen, wenn er errichtet ist, der neue Sicherheitsstaat?

6. Mai 2008 rls-werkstattgespräch nr. 6 Was war die WASG?

Mit *Christian Schiffer*, München, Politikwissenschaftler. – Anfang 2005 bildete sich die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) auch als Folge der Proteste gegen die Agenda-Politik der rotgrünen Regierung. Bis zu ihrer Vereinigung mit der Linkspartei.PDS wurde innerhalb der WASG um den Kurs und Charakter der Partei gerungen. Während für den einen Teil der Partei die WASG den Charakter einer sozialen Protestpartei erhalten sollte, sahen andere in ihr den Ansatz zu einer Partei der gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Die vielfältigen Konflikte innerhalb der WASG spiegeln sich heute in der Partei DIE LINKE. wider, so dass die Analyse der WASG zugleich einen Ausblick auf Debatten und Konflikte innerhalb der neuen linken Kraft richtet.

3. Juni 2008 rls-werkstattgespräch nr. 7 Die extreme Rechte in Bayern

AIDA, die Antifaschistische Informations-, Dokumentations-, und Archivstelle in München sammelt seit 1990 Material zu Themenbereichen wie Nationalismus und Rassismus, Informationen von und über neokonservative, extrem rechte und faschistische Gruppierungen sowie Publikationen zum Thema Antifaschismus. Im Rahmen eines, von RLS und KEV unterstützten Internet-Projektes dokumentiert AIDA in den Jahren 2007 und 2008 Informationen zu rechtsradikalen Wahlantritten und weiteren Aktivitäten im Zuge der Kommunal- und Landtagswahlen in Bayern. Der/die Referent/in wird dieses Projekt vorstellen und zu aktuellen Entwicklungen im Bereich des organisierten Rechtsradikalismus in Bayern informieren.

1. Juli 2008 rls-werkstattgespräch nr. 8 Selbstorganisation? Flüchtlingspolitik und solidarischer Widerstand

Mit *Matthias Weinzierl*, München, Bayerischer Flüchtlingsrat. – Die Zusammenarbeit von Flüchtlingen, MigrantInnen und ihren UnterstützerInnen mit sicherem Aufenthalt ist eine wichtige Voraussetzung für den Widerstand gegen Lagerzwang, Ausgrenzung, Benachteiligung und Abschiebung. Doch wer bestimmt eigentlich beim gemeinsamen Protest die Inhalte und wer die Strategie? Wer kümmert sich um Organisatorisches wie Anmeldung & Vervielfältigung von Flugblättern und Plakaten? Wie wirken sich unterschiedliche Politisierung, Sozialisation und Geschlechterbilder auf das Miteinander aus? Erfahrungen und Ansätze zum Protest zwischen Partnerschaft und Paternalismus.

tinnen und Soldaten „ihrem Land dienen“, so Schneiderhahn auf dem Soldatenfriedhof, „und deshalb denke ich in diesen Minuten an unsere Truppen auf dem Balkan, in Afghanistan am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon.“ Mit dem Soldaten, wie ihn die „Innere Führung“ eigentlich fordert, der Befehle kritisch hinterfragt und die Grenzen seiner Gehorsamspflicht erkennt, hat das nichts zu tun. Freilich: Der „Bürger in Uniform“ war von Anfang nur ein Potemkinsches Dorf. Das lässt man jetzt verfallen.

Der Text basiert auf einem Artikel im Antifa-Info-Blatt 77 (redaktionell überarbeitet)

1 Bundestagsdrucksache 16/5380

2 Von Himmerod bis Andernach, Dokumente zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr, hg. vom Bundesministerium der Verteidigung. Führungsstab der Streitkräfte I 3., Bonn 1985, S. 177.

3 Junge Freiheit, 20. 7. 2001

4 Bundestagsdrucksachen 16/1282

5 Bundestagsdrucksache 16/1601

6 Belege im „Kyffhäuser“, Ausgaben 1/06; 4/06.

7 Vereinszeitschrift „Treue Kameraden“, 6/05.

8 Bundestagsdrucksache 16/1282

9 Mörder unterm Edelweiß, hg. von Ralph Klein, Regina Mentner und Stephan Stracke, Köln 2004

10 www.kameradenkreis.de

11 www.youtube.com („Mittenwald-Vorspann“)

12 Klaus Naumann: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994, S. 201-203.

13 Taz, 24. 5. 2004